

Unsere Wettbewerbsfähigkeit steht täglich auf dem Spiel

Bedrückte Stimmung bei Kreisversammlung MZ-BIN

Es gab nicht viel Positives für die zahlreich erschienenen Bauern und Winzer, die am Dienstagabend vor einer Woche zur Kreisversammlung nach Undenheim in die Goldbach-Halle gekommen sind. Kreisvorsitzender Peter Acker begrüßte alle sowie den Hauptredner, den Präsidenten des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd (BWV) Eberhard Hartelt, der zum Thema sprach „Agrarpolitik muss endlich liefern – ja was eigentlich?“

Bürokratieabbau soll die Politik liefern – darüber rollen in Berlin alle nur noch mit den Augen, bemerkte Hartelt und den Landwirten selbst geht es genauso. Sie können das Wort nicht mehr hören. Denn es tue sich nichts. Im Gegenteil: mit der Pflanzenschutz-Dokumentation werde noch mehr verlangt, die Uhrzeit der Ausbringung, die Zulassungsnummer des eingesetzten Mittels, das BBCH-Stadion und der EPPO-Code, von dem bislang niemand gehört hat. Das Raunen in der Goldbach-Halle war bis Mainz zu hören, denn es werde als Schikane empfunden, dass jeder Landwirt die Zulassungsnummer und den EPPO-Code herausfinden müsse, obwohl die Beamten dazu bestimmt genügend Zeit haben. Es gebe viele andere Beispiele, die die Landwirte immerzu an den Schreibtisch binden, statt sie ihre eigentliche Arbeit auf dem Acker oder im Weinberg durchzuführen zu lassen.

Wo bleibt ein Inflationsausgleich?

Ein Inflationsausgleich im Rahmen der Direktzahlungen und Honorierung der Umweltleistungen soll die Politik liefern – auch dieses Thema werde in Berlin und Brüssel nicht gehört. Stattdessen soll das Geld für die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2027 gekürzt werden. Ab 2027 oder 2028 stehen den europäischen Bauern gerade noch 294 Mrd. Euro als Einkommensstützung durch zweckgebundene Mittel zur Verfügung im Vergleich zu 400 Mrd. Euro in den Vorjahren. Deutschland werden dann noch 33 Mrd. Euro zur Verfügung stehen für Direktzahlungen. Die EU möchte den Ländern die Möglichkeit geben,

die Landwirte zu stärken, dies sei für den DBV undenkbar. „Wir wollen keine Renationalisierung“, betonte Hartelt. Kreisvorsitzender Acker bemerkte in seinem Rückblick auf das vergangene Jahr: „Uns drücken die Kosten überall. Zwar hatten wir eine gute Getreideernte, aber die Preise haben nicht gestimmt. Bei Braugerste mussten wir hohe Abschläge hinnehmen aufgrund von Mindereiweiß. Beim Weizen schaffen wir aufgrund der Unterdrückung in den Roten Gebieten die Brotweizenqualität nicht mehr. Das sind politisch gemachte Kosten, die wir tragen.“ Dazu gehören zudem der Mindestlohn, die Energie, die Verknappung von Pflanzenschutzmitteln und letztlich sogar die schlechte Konsumstimmung durch verunsicherte Konsumenten, die nur noch billig kaufen, so Acker.

Planungssicherheit – diese kann nur gegeben sein, wenn die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln beim Wegfall von Wirkstoffen durch andere ersetzt wird. Dies sei aber oft nicht der Fall. So werde eine Notfallzulassung nach der anderen gestellt. Wie nun auch bei den Zucker-

rüben, die gegen die Schilf-Glasflügelzikade, den Überträger von Stolbur und SBR, unbedingt geschützt werden muss. Denn die Nymphen der Zikade befahlen nicht nur Zuckerrüben, Kartoffeln oder Gemüse, sondern auch die Wildkräuter wie Disteln, Löwenzahn und viele andere. Das Problem wurde unterschätzt und müsse nun wahrgenommen werden. „SBR und Stolbur sind eine der größten Katastrophen der letzten 80 Jahre“, sagte Hartelt. Zur Lösung bedarf es mehr als Notfallzulassungen. Vor ähnlichen Problemen stehen auch die Obstbauern bei zahlreichen Schädlings. Das Votorecht des Umweltbundesamtes abzuschaffen sei nicht gelungen, so der noch amtierende BWV-Präsident Hartelt, der im November sein Amt abgeben wird. Dieses röhre weiter an der Stoffstrombilanz, obwohl diese nach den Protesten abgeschafft wurde.

Alle Betriebe brauchen Planungssicherheit

Und Planungssicherheit fordern auch die Landjugendlichen, die sich entscheiden, einen Hof zu übernehmen. Sie einige Jahre mit Junglandwirtförderung zu unterstützen und ab dem 40. Lebensjahr sich selbst zu überlassen, das ziehe noch mehr. Stattdessen wurde in Berlin einstimmig von Landfrauen, Landjugendlichen und dem DBV gefordert, allen Landwirten Planungssicherheit zuzugehen. Hartelt bemerkte, dass die Sicherheit der Lebensmittelversorgung auch in Berlin wieder Thema war, doch keine Partei

wage es, die vier großen Lebensmittelhändler in die Pflicht zu nehmen, den Erzeugern auskömmliche Preise über den Produktionskosten zu zahlen.

Mercosur-Abkommen abwenden – dazu bemerkte Hartelt, dass aus seiner Sicht, deutsche Autobauer und Maschinenhersteller gerne ihre Produkte nach Südamerika bringen können, doch weshalb muss das auf dem Rücken der deutschen Landwirte erfolgen? Wenn Einführen, dann zu denselben Standards wie hier. In den Verträgen mit Indien ist die Landwirtschaft zum Glück außen vor.

Landwirtschaft von Mindestlohn trennen – diese Forderung wurde von Ministerpräsident Alexander Schweitzer von der SPD bei der BWV-Delegierten tagung Ende Oktober 2025 schnell beiseitegeschoben. „Dass dies die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft enorm belastet, sehen die Politiker nicht“, bemerkte Acker. Und Hartelt ergänzte, dass Schweitzer die Saisonarbeitskraft mit dem Landwirt gleichsetzte, obwohl diese in keinerlei Sozial- oder Rentensystem einzahle, sondern in wenigen Monaten ihr Jahreseinkommen verdiente.

Wolf – in diesem Punkt hat die Politik geliefert. „Das hätte ich nicht so schnell für möglich gehalten“, bemerkte Hartelt. Die Wolfsrisse von Nutztieren, meist Schafen oder Ziegen nehmen zu, die Präventionsgebiete werden ausgeweitet und manche Jäger aus den norddeutschen Ländern fordern bereits, dass 40 Prozent der Jungwölfe entnommen werden, um die Ausbreitung zu verlangsamen. Noch ist nicht viel



Sie stehen auch in den schwierigen Zeiten Rede und Antwort. Auch BWV-Präsident Eberhard Hartelt betonte: „Das Wichtigste ist, dass wir weiterhin zusammenstehen.“

Foto: Setzepfand

bekannt über die Entnahmeregelung für übergriffige Wölfe. „Wir brauchen ähnliche Regelungen für Biber, Krähen und Gänse, die unsere Saaten bedrohen“, sagte Hartelt. Und Acker forderte die Kollegen alle auf, Krähenschäden zu melden, damit es auch in diesem Jahr wie im Vorjahr gelingt, eine Allgemeinverfügung von der SGD Süd zum Krähenabschuss zu bekommen. „Dies ist im vergangenen Jahr erstmals gelungen“, so Acker.

Agrardiesel und Stoffstrombilanz – „Wenn in Berlin heute über die Proteste vor einem Jahr gesprochen wird, dann sagen die Politiker: Ihr habt doch bekommen, was Ihr wolltet, eben Agrardiesel und das Aus der Stoffstrombilanz“, sagte Hartelt. Doch dann verstehen sie das Prinzip nicht. Anlass waren Agrardiesel und Stoffstrombilanz, doch Ursache waren all die bereits genannten Punkte.

Setzen sich für effizientere Verwaltung ein

Hartelt bemerkte, dass man sich im Land Rheinland-Pfalz mit der Agrarverwaltung, der Landwirtschaftskammer und den Dienstleistungszentren einig sei, dass nach 25 Jahren eine Verwaltungsreform durchgeführt wird, um die Vorgänge, die viel zu langsam sind, effizienter zu gestalten.

Er betonte, dass in all den Jahren, in denen es viele strittige Fragen zu klären galt, ein Ziel stets erreicht wurde: „Dass wir geschlossen auftreten!“ Hartelt und Acker dankten LSV für die Organisation zahlreicher Protes-

te, die LSV unter anderem dafür nutzte, um dem LEH zu verdeutlichen, dass deutsche Ware ins Regal gehört, wenn deutsche Bauern liefern können. Und nur dann zu importieren, wenn deutsche Bauern nicht liefern können, wie dies in der Schweiz der Fall ist. Nur so könne laut LSV die deutsche Landwirtschaft erhalten werden.

Im Anschluss entfachte sich eine Diskussion, in der die hohen Standards für deutsche Lebensmittel infrage gestellt wurden. „Wenn unsere Wettbewerbsfähigkeit an diesen hohen Standards scheitert, dann wäre es doch sinnvoll, diese runterzusetzen, damit wir wieder mithalten können“, schlug Walter Manz vom Hessisch-Pfälzischen Zuckerrübenverband vor. Denn auch beim Zucker müssen die deutschen Bauern nicht nur aufgrund der Schilf-Glasflügelzika- de hohe Verluste hinnehmen, sondern auch weil sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Jens Göhring, der Weinbaupräsident von Rheinhessen, nutzte die Gelegenheit, Neues aus der Weinbaupolitik zu besprechen. Der Jahrgang 2025 sei ein Top-Jahrgang, was die Qualitäten betrifft, die Preise seien unterirdisch. „Selbst bei der kleinen Erntemenge hat sich der Markt nicht belebt“, musste er feststellen. Das weltweite Überangebot, der demografische Wandel, die ungleichen Kräfte zwischen Erzeugern und Handel, die die Monopolkommission in einem Sondergutachten bestätigte, sowie die schlechte Stimmung bei den Konsumenten, lassen die Winzer die hohen Produktionskosten alleine tragen.

„Wir haben bei der EU gefordert, das Flächenwachstum auf null Prozent zu setzen“, sagte Göhring. Die EU wolle dies nicht vorschreiben, sondern überlasse dies den Ländern. So dass Deutschland diese Maßnahme eventuell als einziger durchführen. Das entlaste den Markt nicht wie notwendig.

Geoschutz und Vermarktung die Stellschrauben

Das Weinpaket, das im Dezember auf EU-Ebene erarbeitet wurde, müsse nun auf nationaler Ebene umgesetzt werden. „Dazu gehören auch neue Instrumente der Förderung“, sagte Göhring. Der Weinbauverband und der Bauern- und Winzerverband fordern, dass Programme angepasst werden können, um Gelder, die nicht abgerufen wurden, übertragen zu können in andere Programme und ins nächste Förderjahr. Göhring machte deutlich, dass die Umstrukturierung der Rebflächen künftig eventuell weniger wichtig sei wie die Vermarktung, „darauf müssen wir den Fokus legen“, so der Weinbaupräsident.

Hier sei schon manches in die Wege geleitet wie die Kampagne von Rheinhessen, Mosel, Pfalz und DWI, eine gemeinsame Aktion im Lebensmitteleinzelhandel. Auch werde enger zwischen Weinbauverband und Weinwerbung gearbeitet. Bei Rheinhessenwein bringe Nathalie Hartenstein, die Nachfolgerin von Bernd Kern, neuen Schwung mit. „Und doch muss uns klar

sein, dass der Wettbewerb enorm hoch ist. Denn die Nachbarländer haben dieselben Probleme und verstärken ihre Werbung in Deutschland“, bemerkte Göhring. Daher sei die Weinwerbeabgabe im vergangenen Jahr auf Beschluss des Landtages erhöht worden, wissend, dass dies aktuell nicht einfach ist. So zeigt die Branche, dass sie ihren Beitrag leistet und dass die Politik jetzt ihren Beitrag leisten müsse.

Dies treffe besonders beim Thema Geoschutz zu. Denn es bleibt den Schutzgemeinschaften noch genau ein Jahr, bis sie ihre zukünftigen Strukturen festgelegt haben müssen.

Geoschutzverordnung – Berlin muss jetzt liefern

Doch die Verantwortlichen sind verärgert auf Berlin, da von dort noch nicht mal die Rahmenbedingungen für die neue Geoschutzverordnung bekannt gemacht wurden, geschweige denn die finanziellen Mittel für die zukünftige Arbeit der Schutzgemeinschaften sicher zugesagt sind. „Es ist sehr wichtig, dass wir diese Arbeit hinter uns bringen, um endlich wie andere europäische Anbaugebiete auch unsere brancheninternen Probleme selbst regeln zu können“, ergänzte Friedrich Ellerbrock, der Bezirksgeschäftsführer Rheinhessen in Alzey. Derzeit habe die Branche nur die Nachteile des Systems wie die langen Verfahrensdauern von Änderungsanträgen zu zeigen. zep



Dirk Gerling, der neue Hauptgeschäftsführer im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd, stellte sich in Undenheim und in Albig den Bauern und Winzern in Rheinhessen vor.
Foto: Setzepfand